

11.09.2020 – 13:25 Uhr

Die Zerstörung von General Electric in der Schweiz muss gestoppt werden

Olten (ots) -

Schon wieder: General Electric kündigt die nächste Massenentlassung an. Dieses Mal sollen 562 Stellen der Einheit GE Grid in Oberentfelden verschwinden. Es wäre die vierte grosse Abbauwelle in vier Jahren. Die Personalvertretung und Arbeitnehmerorganisationen fordern den kompletten Verzicht auf Entlassungen. Der Bundesrat muss entschieden Druck auf die Firma machen, damit diese auf den Stellenabbau verzichtet und die Produktion in der Schweiz erhält.

GE Grid will in Oberentfelden 562 (darunter 126 Temporäre) Stellen abbauen. Es ist der nächste Kahlschlag bei General Electric, nachdem die Firma seit 2016 in drei Wellen den Abbau von über 3000 Stellen angekündigt hatte. Die erneute Ankündigung, verantwortet vom GE Renewable Management in Frankreich unter der Leitung von Jérôme Péresse, ist unverständlich und stösst Angestellte und Sozialpartner vor den Kopf. In den Jahren 2018 und 2019 hat General Electric gegenüber den Beschäftigten und den Behörden Zusicherungen für die Schweizer Standorte gemacht. Diese wurden erneut nicht eingehalten. Wir kritisieren diesen Vertrauensbruch scharf.

Angestellte und Behörden wurden getäuscht

Das Vorgehen ist umso stossender, als die Angestellten in Oberentfelden noch im Juli über den bevorstehenden Umzug ihrer Arbeitsplätze nach Birr informiert wurden. Nun werden diese Pläne umgestürzt und die Stellen sollen plötzlich ins Ausland verlagert werden. Die Beschäftigten dürften den Transfer der eigenen Arbeit ins Ausland noch begleiten, bevor sie ihre Stelle dann verlieren würden. Die lokale Personalvertretung verfügt über genaue Details des Vorhabens. Sie weiss heute schon, dass dieser Plan weder sinnvoll noch zukunftsträchtig ist. Er dient einzig und allein den Finanzplänen des Managements und hat keinen industriellen Wert. Er entspricht auch nicht dem Wunsch vieler Schweizer Kunden, die explizit auf die Lieferung aus Oberentfelden bestehen.

Schluss mit der mutwilligen Zerstörung

Die Personalvertretung fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen, dass GE komplett auf einen Abbau verzichtet. Denn dieser Plan gefährdet in Zukunft weitere hunderte Arbeitsplätze in der Schweiz und auch in Frankreich. Statt ständige Beteuerungen abzugeben, auf die dann jeweils der nächste Abbau-Hammer folgt, muss sich das Unternehmen klar zur Produktion in der Schweiz bekennen.

Bundesrat muss Klartext reden

Die Personalvertretung und die Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände fordern vom Bundesrat, dass er jetzt endlich mit der Firma Klartext redet. Es ist nicht akzeptabel, dass GE seine industrielle Substanz in der Schweiz zerschlägt. Die Landesregierung muss bei GE in den USA und in Frankreich, wo die Entscheide getroffen werden, intervenieren. Vom Kanton Aargau erwarten die Beschäftigten, dass er die Taskforce wiederbelebt, die er beim letzten Kahlschlag von GE eingesetzt hatte. Die Politik muss entschlossen einschreiten, um die mutwillige Zerstörung von Schweizer Industriearbeitsplätzen zu verhindern.

Pressekontakt:

Caroline Hasler, Rechtsanwältin Angestellte Schweiz, 044 360 11 54 Thomas Bauer, Präsident
Personalvertretung GE, 079 332 73 22

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100006251/100855366> abgerufen werden.